

---

## I N L A N D

---

<b>"Österreich betet gemeinsam" von 13. Mai bis Pfingstmontag</b>	<b>2</b>
Ökumenische Initiative startet zu Christi Himmelfahrt Gebetsnovene - Kardinal Schönborn, Metropolit Arsenios, Superintendent Geist u.a. bei feierlichem Abschluss am 24. Mai	
<b>Bischöfe gegen Begriff "religiös motiviert" in Staatsschutzgesetz</b>	<b>3</b>
<b>Nach Kritik in St. Pölten: Schönborn sprach mit Bischof Schwarz</b>	<b>4</b>
<b>Familienverband fordert "klares Signal" für Suizidprävention</b>	<b>5</b>
<b>Corona-Krise: Bischof Freistetter mahnt zu Solidarität mit Jungen</b>	<b>6</b>
<b>Muttertag: Frauenbewegung in "Sorge um die Sorgenden"</b>	<b>6</b>
<b>Ute-Bock-Preis für Ordensfrau: "Dem Christsein Gesicht geben"</b>	<b>7</b>
<b>MIVA sammelt Spenden für Fahrräder mit Erste-Hilfe-Koffer</b>	<b>8</b>
<b>Bischof Aleksij: Immer mehr russisch-orthodoxe Gläubige in Österreich</b>	<b>8</b>
<b>"Weltkirche-Bischof" Freistetter besorgt über Gewalt in Kolumbien</b>	<b>9</b>

---

## V A T I K A N & R O M

---

<b>Papst wirbt für "Bereitschaft, alle offen aufzunehmen"</b>	<b>11</b>
Botschaft zum Weltflüchtlingstag mit Aufruf, "dass es keine Mauern mehr gibt, die uns trennen" sowie für mehr Versöhnung und "Wir-Gefühl" der Menschheit	
<b>Nächste Generalaudienz des Papstes wieder öffentlich zugänglich</b>	<b>12</b>
<b>Papst empfängt Schweizer Bundespräsidenten und neue Gardisten</b>	<b>12</b>
<b>Hochkarätige Vatikan-Tagung mit Impfstoff-Produzenten beginnt</b>	<b>13</b>
<b>Kardinal Parolin fordert mehr Engagement in Sachen Jugendschutz</b>	<b>13</b>
<b>Papst ruft zu ehrlichem Dialog in Paraguay auf</b>	<b>14</b>

---

## A U S L A N D

---

<b>Papst drückt Indien in der Pandemie seine Solidarität aus</b>	<b>14</b>
Neuer Höhepunkt der Corona-Welle auf dem Subkontinent mit aktuell mehr als 400.000 Neuinfektionen pro Tag - Caritas, Salesianer Don Boscos und Partner der Dreikönigsaktion helfen	
<b>Hilfswerk Dreikönigsaktion: Corona stürzt Indien ins Chaos</b>	<b>15</b>
<b>US-Präsident würdigt nationalen Gebetstag</b>	<b>17</b>
<b>Deutsche Palliativmediziner begrüßen Ärztetag-Entscheid zu Suizidhilfe</b>	<b>17</b>
<b>Schweizer Kanton will Pflegeheime zu Sterbehilfe verpflichten</b>	<b>18</b>
<b>Ordensfrau: Frauen können durch Diskussion und Forschung kämpfen</b>	<b>19</b>
<b>Slowakei: Neue Religionslehrbücher für Griechisch-katholische</b>	<b>19</b>
<b>Religionen kooperieren europaweit zum Schutz vor Anschlägen</b>	<b>20</b>
<b>Maronitische Bischöfe warnen vor Zusammenbruch des Libanon</b>	<b>21</b>
<b>Irak: Gericht stellt Verfahren gegen Patriarch Sako ein</b>	<b>21</b>
<b>Generalsekretärin der Bischofskonferenz in Namibia stirbt an Covid</b>	<b>22</b>

---

## I N L A N D

---

### "Österreich betet gemeinsam" von 13. Mai bis Pfingstmontag

**Ökumenische Initiative startet zu Christi Himmelfahrt Gebetsnovene - Kardinal Schönborn, Metropolit Arsenios, Superintendent Geist u.a. bei feierlichem Abschluss am 24. Mai**

Wien, 06.05.2021 (KAP) Von 14. bis 22. Mai findet eine österreichweite neuntägige, konfessionsübergreifende Gebetsinitiative (Novene) statt, die am 13. Mai (Christi Himmelfahrt) mit einem Einführungs-Video eingeleitet wird und mit einem feierlichen Abschluss am Pfingstmontag endet. Alle Christen aus verschiedenen Kirchen in Österreich sind eingeladen, sich anzuschließen und mitzubeten. Als Leitfaden dient passend zum Pfingstfest der bekannte Hymnus aus dem 8. Jahrhundert, "Veni Creator Spiritus" - "Komm Schöpfer Geist". Markus Marosch, Koordinator der Initiative "Österreich betet gemeinsam", erklärte zur Novene: "Wir gehen als Land durch zahlreiche Herausforderungen und sind davon überzeugt, dass Gott durch seinen Heiligen Geist alles neu machen will."

[www.österreichbetetgemeinsam.at](http://www.österreichbetetgemeinsam.at): Diese Online-Plattform vernetzt die Beter und bietet täglich - auch via Facebook und Instagram - aus allen neun Bundesländern geistliche Impulse von Mitgliedern der teilnehmenden Kirchen und Gemeinden. Höhepunkt der Aktion ist eine über Livestream übertragene Gebetszeit am Pfingstmontag. Prominente Vertreter aller Konfessionen nehmen daran teil, wie zum Beispiel Kardinal Christoph Schönborn, der griechisch-orthodoxe Metropolit Arsenios (Kardamakis), der Wiener evangelisch-lutherische Superintendent Matthias Geist und der Vorsitzende der Freikirchen, Reinhard Kummer. Sie bitten Gott gemeinsam um Ermutigung und die Sendung des Heiligen Geistes für Österreich.

Wer sich auf der Website der Initiative anmeldet, bekommt regelmäßige Gebetsnachrichten per E-Mail und kann sich im Gebetska-

lender für eine oder mehrere Zeiten im Lauf der neun Tage eintragen und so zusammen mit vielen anderen Beterinnen und Betern rund um die Uhr für Österreich beten. Bereits jetzt, eine Woche vor dem Start, sind 2.215 aktive Mitbeter registriert.

#### **Alle neun Bundesländer involviert**

Für die Impulse an den Novene-Tagen sorgen nach dem Einführungsvideo am Festtag Christi Himmelfahrt am 14. Mai aus Tirol Maria Prean, in Imst tätige Afrika-Missionarin, an den folgenden Tagen Georg Mayr-Melnhof von der Loretto Gemeinschaft in Salzburg, Johannes Fichtenbauer (Charismatische Erneuerung) von der Erzdiözese Wien, Helmuth Eiwen von der Ichthys Gemeinde in Wiener Neustadt, Hannes Minichmayr von "God's Singing Kids" in Altmünster (OÖ.), Daniel Beusch von der Freien Evangelikalen Gemeinde in Dornbirn, die evangelischen Christen Carsten und Beatrix Merker-Bojarra aus Bad Tatzmannsdorf (Bgl.), Leander Müller vom Kärntner Musik-Duo "Outi & Lee" sowie Irene Perndanner von der Vineyard-Bewegung in Graz.

"Gebet verändert den Lauf der Geschichte, das haben wir in Österreich oft genug erlebt", zeigte sich Koordinator Markus Marosch, auch Generalsekretär des ökumenisch ausgerichteten "Wegs der Versöhnung", in einer Ankündigung überzeugt. Durch die Kraft des Gebetes sei "in Österreich noch viel Positives möglich". Die Pfingst-Novene solle eine Erneuerung in Österreich hervorrufen, so Marosch. "Wir würden uns sehr freuen, wenn viele Menschen aller Konfessionen mitmachen."

## Bischöfe gegen Begriff "religiös motiviert" in Staatsschutzgesetz

**Bischofskonferenz kritisiert Gesetzentwurf für expliziten Verweis auf religiöse Gesinnung in einem Atemzug mit einer terroristischen Motivation - Täter, die sich missbräuchlich auf eine Religion berufen, schon von Begriff "ideologisch motivierter Kriminalität" erfasst**

Wien, 06.05.2021 (KAP) Die Österreichische Bischofskonferenz kritisiert den Gesetzentwurf zum neuen Staatsschutzgesetz für die mehrfach im Zusammenhang mit Terrorismus genannte Wortfolge "religiös motiviert". Zu den Aufgaben des Verfassungsschutzes gehört laut der vorliegenden Novelle der Schutz verfassungsmäßiger Einrichtungen auch vor "terroristisch, ideologisch oder religiös motivierter Kriminalität". Täter, die sich missbräuchlich auf eine Religion berufen, seien ohnehin "stets ideologisch motiviert", hält die Bischofskonferenz in ihrer Stellungnahme im laufenden Begutachtungsverfahren fest. Der betonte Verweis auf religiöse Gesinnung in einem Atemzug mit einer terroristischen Motivation "stigmatisiert religiöse Menschen und rückt die Religion als Ganzes in die Nähe des Terrorismus", warnen die Bischöfe.

Es werde dadurch der Eindruck erweckt, "von religiösen Menschen gehe eine ähnlich große Gefahr für die Gesellschaft aus, wie von Terroristen", heißt es in der von Bischofskonferenz-Generalsekretär Peter Schipka gezeichneten Stellungnahme weiter. Werde an der Formulierung dennoch festgehalten, sollte in den erläuternden Bemerkungen zur Novelle zumindest klargestellt werden, "dass eine 'religiöse Motivation' eines Täters immer auch dann vorliegt, wenn Straftaten aus antireligiösen Beweggründen begangen werden bzw. sich eine vom Täter geplante oder ausgeführte Straftat gegen eine Kirche oder Religionsgesellschaft richtet".

Generell betrachtet die Bischofskonferenz die in den Gesetzentwürfen mehrfach erwähnte Fokussierung auf eine besondere Motivation bei der Tatbegehung als nicht zielführend. So heißt in einer Passage, dass die Voraussetzungen für eine Beobachtung von Gruppierungen durch den Nachrichtendienst unter anderem dann gegeben sei, wenn "damit zu rech-

nen ist, dass es zu mit schwerer Gefahr für die öffentliche Sicherheit verbundener Kriminalität, insbesondere zu ideologisch oder religiös motivierter Gewalt kommt". In diesem Fall könne sich die explizite Betonung einer religiösen Motivation sogar nachteilig auswirken, hält die Bischofskonferenz fest, "da nachrichtendienstliche Beobachtungen selbstverständlich sämtliche Gruppierungen betreffen müssen, von denen kriminelle Handlungen zu erwarten sind, die mit einer schweren Gefahr für die öffentliche Sicherheit verbunden sind",

Kritik aus legistischer Sicht übt die Stellungnahme auch an den geplanten gesetzlichen Vorgaben zur Definition sogenannter "verfassungsgefährdender Angriffe", denen der Staatsschutz vorbeugen soll. Hier spricht der ins Parlament eingebrachte Ministerialentwurf unter anderem von einer "strafbaren Handlung, sofern diese ideologisch oder religiös motiviert ist". "Auch in diesem Zusammenhang stellt es sich als nicht sachgerecht dar, dass dem Staatsschutz nur dann der vorbeugende Schutz vor den zitierten strafbaren Handlungen obliegen soll, wenn diese Straftaten ideologisch oder religiös motiviert sind", so die Bischofskonferenz. Dies hätte zur Folge, "dass der Staatsschutz für Angriffe terroristischer Täter, die weder ideologisch, noch religiös motiviert sind, nicht zuständig wäre", gibt sie zu bedenken.

Die geplante gesetzliche Änderung steht im Zusammenhang mit dem Terroranschlag in Wien am 2. November 2020, bei dem vier Personen von einem Täter bei seinem Amoklauf getötet und 23 weitere teils schwer verletzt wurden. Der Täter wurde dabei von der Polizei erschossen. Er war erklärter Sympathisant der Terrororganisation "Islamischer Staat" (IS), weshalb die Ermittler die Tat als islamistisch motiviert einstufen.

## Nach Kritik in St. Pölten: Schönborn sprach mit Bischof Schwarz

### Bischofssprecherin Brandner: Schwarz informierte "in aller Offenheit" über Intentionen der Umstrukturierungen in Diözese St. Pölten

Wien/St.Pölten, 06.05.2021 (KAP) Die beiden Sprecher der Bischöfe von Wien und St. Pölten, Kardinal Christoph Schönborn und Alois Schwarz, haben bestätigt, dass es im Zuge der Kritik an der geplanten Umstrukturierung in den Zentralstellen der Diözese St. Pölten zu einem Gespräch zwischen den beiden gekommen ist. Bereits am 20. April hatte der Kommunikationsverantwortliche der Erzdiözese Wien, Michael Prüller, gegenüber Kathpress bestätigt, dass Schönborn nach Ersuchen von verschiedener Seite vermitteln wolle. Dieses Gespräch habe kurz darauf auch stattgefunden, hieß es in der ORF-Sendung "Religion aktuell" am Mittwochabend.

Vor allem die Vorgehensweise bei der Umstrukturierung der diözesanen Verwaltung durch den St. Pöltner Bischof sorgte bei einem Teil der kirchlichen Mitarbeiter für Kritik. In Protestschreiben wurde die Forderung nach mehr Einbindung und Transparenz laut.

Eine gewisse Zuständigkeit bei der Vermittlung kommt kirchenrechtlich in dieser Sache Kardinal Schönborn deswegen zu, weil er als Erzbischof von Wien auch Metropolit der Wiener Kirchenprovinz ist, zu der die Diözese St. Pölten gehört. So kommt dem Metropoliten einer Kirchenprovinz allgemeine Aufsichtspflichten gegenüber den anderen Bischöfen einer Kirchenprovinz, den Suffraganbischöfen, zu. Der Metropolit ist jedoch kirchenrechtlich kein Vorgesetzter mit Leitungs- oder Disziplinarbefugnissen gegenüber dem Suffraganbischof.

Schönborn-Sprecher Michael Prüller nannte keine Details über das Bischofsgespräch, teilte dem ORF aber mit, es sei für den Kardinal sicher darum gegangen, die Sichtweise des St. Pöltner Bischofs kennenzulernen sowie die "In-

tentionen, die er mit seinen Reformvorschlägen in St. Pölten verbindet".

Die Sprecherin von Bischof Schwarz, Katharina Brandner, teilte dem ORF zum Gespräch schriftlich mit: "Bischof Alois Schwarz ist in umfangreichen Gesprächen mit Haupt und Ehrenamtlichen und hat in aller Offenheit dazu beigetragen, dass sich Kardinal Christoph Schönborn ein umfassendes und detailliertes Bild über die geplanten Änderungen machen konnte. Bischof Alois Schwarz liegt viel am Dialog und am persönlichen Gespräch."

Der Präsident der Katholischen Aktion der Diözese St. Pölten, Armin Haiderer, bestätigte in "Religion aktuell", dass Bischof Schwarz in den vergangenen Wochen verstärkt das Gespräch suche - auch mit ihm selbst -, um die hochgegangenen Wogen rund um die Diözesanverwaltungsreform zu glätten. Ob diese Gespräche auch etwas bewirken in Hinblick auf eine größere Partizipation von z.B. Ehrenamtlichen oder Laien, bleibe abzuwarten.

Schwarz selbst erklärte zuletzt in einem Interview für die dieswöchige Ausgabe der St. Pöltner Kirchenzeitung "Kirche bunt" erneut den Grundgedanken der diözesanen Strukturreform. "Wie sind wir als Kirche für die Menschen da und wie müssen wir die Diözesanverwaltung organisieren, dass unsere Dienste hilfreich in der Pastoral sind", sagte der Bischof. Es gebe in verschiedenen Bereichen ein Nebeneinander - "in der Infrastruktur, in der generellen Verwaltung, in unserer täglichen Arbeit", so Schwarz: "Wir haben Verantwortung für die Ressourcen, die uns zur Verfügung stehen und stehen werden. Um in Zukunft wirksam zu bleiben, müssen wir offen schauen, wie gestärkt miteinander gearbeitet werden kann." Die gesamte Verwaltung müsse zukunftsweisend gestaltet werden.

## Familienverband fordert "klares Signal" für Suizidprävention

**Österreichs größten Familienorganisation mahnt in Debatte um Neuregelung der Suizidbeihilfe u. a. Kampagne für Patientenverfügung, Fortschrittsberichte für Hospiz-Ausbau, Verweigerung der Gemeinnützigkeit für Sterbehilfe-Vereine und mehr Transparenz bei Höchstrichter-Voten ein**

Wien, 06.05.2021 (KAP) Die Umsetzung der vom Verfassungsgerichtshof geforderten Neuregelung der Suizidbeihilfe in Österreich braucht Rahmenbedingungen, damit sehr alte, schwerkranke, pflegebedürftige oder sterbende Menschen ausreichend Möglichkeiten für ein "selbstbestimmtes gutes Leben" haben und nicht unter Druck gesetzt werden: Das hat der Katholische Familienverband Österreichs (KFÖ) in einer dem Justizministerium übermittelten Stellungnahme zur aktuellen Debatte hervorgehoben. In der Kathpress vorliegenden KFÖ-Punktation werden unter anderem sehr konkrete Maßnahmen für Alternativen zur assistierten Selbsttötung Transparenz für die Justiz sowie eingefordert.

Der Gesetzgeber solle ein "klares Signal" geben, "dass Suizid und Beihilfe zum Suizid grundsätzlich nicht gewollt sind und alles getan wird, das Leben von Menschen bis zuletzt lebenswert zu gestalten und zu schützen", heißt es in dem von Alfred Trendl und Rosina Baumgartner, Präsident und Generalsekretärin der größten österreichischen Familienorganisation, unterzeichneten Schreiben. Nötig sei auch eine österreichweite Kampagne für die Patientenverfügung, mit der seit 2006 möglichen konkrete medizinische Behandlungen vorausschauend abgelehnt werden können.

Zur von vielen Seiten erhobenen Forderung nach einem Ausbau der Palliativ- und Hospizversorgung sowie von Beratungsangeboten wie etwa der Telefonseelsorge heißt es in dem KFÖ-Papier, dieser Ausbau müsse auch "quantifiziert" werden: Konkret müssten Versorgungslücken festgestellt, Ziele definiert und der Ausbau in einem regelmäßigen Fortschrittsbericht dokumentiert werden. Auch die dafür zuständigen Bundesländer und Gemeinden seien hier zur Umsetzung aufgefordert.

Besonders auf die vom Verfassungsgerichtshof (VfGH) geforderten gesetzlichen Maßnahmen zur Verhinderung von Missbrauch geht der Katholische Familienverband ein. "Sterbehilfe in Österreich darf kein Geschäftsmodell sein", heißt es in der Stellungnahme, seien doch finanzielle Interessen am Tod eines anderen "unethisch und abzulehnen". Folglich dürften durchführende Vereine nicht als "gemeinnützig" eingestuft werden. Auch müssten alle Verstöße die zu findenden Regelungen gegen Missbrauch von Suizidbeihilfe klar sanktioniert werden.

Die Gewissensfreiheit gelte es hochzuhalten und es dürfe niemand - weder Personen noch Träger oder Einrichtungen - zur Assistenz bei einem Suizid gezwungen oder bei deren Ablehnung benachteiligt werden, so der Familienverband. Wichtig sei auch die sorgfältige Dokumentation aller Suizidhilfe-Fälle sowie wissenschaftliche Begleitforschung, die auch etwa die Einwirkungen der Suizidhelfer auf die Willensbildung von Betroffenen und Einflüsse des sozialen Umfelds auf den Suizidwunsch erfassten.

Eine weitere KFÖ-Forderung betrifft den Verfassungsgerichtshof, der im vergangenen Dezember das Verbot der Hilfeleistung beim Suizid als verfassungswidrig aufgehoben hatte. Das entsprechende Erkenntnis lasse nicht erkennen, wie sich die einzelnen Höchstrichter bei der im Plenum getroffene Entscheidung verhalten hatten, bemängelt der Familienverband. "Aus Transparenzgründen wäre es wichtig, dass Verfassungsrichter ihre abweichenden Meinungen mit der Ausfertigung des Erkenntnisses äußern dürfen", forderte der Familienverband diesbezüglich eine Gesetzesänderung.

## Corona-Krise: Bischof Freistetter mahnt zu Solidarität mit Jungen

**Militärbischof: Sich impfen zu lassen, schützt Kinder und Jugendliche, die dazu noch keine Möglichkeit haben**

Wien, 06.05.2021 (KAP) Militärbischof Werner Freistetter hat in der Corona-Krise Solidarität mit der jungen Generation eingemahnt. Angesichts bevorstehender Öffnungen in vielen Gesellschaftsbereichen nach den Lockdowns betonte er in einer Aussendung am Donnerstag: "Die Solidarität, die wir in den letzten Monaten in Österreich gelebt haben, sollten wir auch den Menschen zuteilwerden lassen, für die eine Covid-Impfung zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht verfügbar ist." Freistetter nannte gerade Kinder und Jugendliche als jene Gruppen, die noch keinen Zugang zu einer Impfung haben und damit weiterhin ungeschützt sei.

Insbesondere für die jungen Menschen sei die Situation im vergangenen Jahr sehr belastend gewesen, so der Bischof. Viele hätten monatelang Distanzunterricht gehabt oder ihre Ausbildung noch gar nicht richtig beginnen können. "Es wird eine zentrale Aufgabe der kommenden Monate und Jahre sein, hier Perspektiven und

Möglichkeiten aufzuzeigen." Auch die jungen Menschen, die seit dem Beginn der Pandemie in zunehmender Zahl in psychologischer oder psychiatrischer Behandlung sind, dürften nicht vergessen werden. "Hier müssen Behandlungsmöglichkeiten dringend ausgebaut werden", forderte Freistetter.

Auch die Bereitschaft zum Impfen sei eine Form der Solidarität mit den Jungen. Dass Impfungen zu grundlegenden Verbesserungen auf allen Ebenen führen, zeigten internationale Beispiele eindrucksvoll. Er appelliere deswegen an alle, sich rasch impfen zu lassen, so der Bischof: "Sie schützen damit nicht nur sich, sondern auch diejenigen, für die eine Impfung noch nicht möglich ist." Deswegen sei die persönliche Entscheidung, sich impfen zu lassen, im gesamtgesellschaftlichen Kontext letztlich auch eine zutiefst ethische, hielt Freistetter abschließend fest.

## Muttertag: Frauenbewegung in "Sorge um die Sorgenden"

**kfbö: Im Krisenjahr 2021 Widerstandskraft stärken, Strukturen verändern**

Wien, 06.05.2021 (KAP) Frauen und Mütter leisten einen überproportionalen Beitrag zur Bewältigung der Corona-Krise - eine Beobachtung, aus der nach Überzeugung der Katholische Frauenbewegung Österreichs (kfbö) Konsequenzen gezogen werden müssen: "Kümmern wir uns um uns selbst, holen wir uns Unterstützung, schließen wir uns zusammen und fordern wir eine Änderung von Strukturen in Arbeitswelt und Wirtschaft, die eine gerechte Verteilung und Entlohnung von Sorge-Arbeit gewährleisten", rief kfbö-Vorsitzende Angelika Ritter-Grepl am Donnerstag im Hinblick auf den Muttertag im Pandemiejahr 2021 auf. Es sei "Sorge um die Sorgenden" angebracht.

Frauen seien weltweit von der Krise und ihren Auswirkungen stärker betroffen. Zugleich

würden sie mit der überwiegend von ihnen verrichteten Care-Arbeit - "ob privat und unbezahlt oder beruflich und häufig unterbezahlt" - die notwendige primäre Versorgung von Kindern, Alten und Kranken sichern, so Ritter-Grepl.

Die Katholische Frauenbewegung setze sich für mehr Geschlechtergerechtigkeit ein. Sie wolle "Widerstandskraft stärken" und "Strukturen verändern". Die Aktivitäten der größten Frauenorganisation Österreichs reichten dabei von zahlreichen spirituellen Angeboten in den Diözesen bis hin zur aktiven Beteiligung an den Initiativen "femme fiscale - Netzwerk für eine gerechte Finanz- und Budgetpolitik" sowie "Mehr für Care - für eine Wirtschaft, die für alle sorgt".

## Ute-Bock-Preis für Ordensfrau: "Dem Christsein Gesicht geben"

**Auszeichnung von SOS Mitmensch für Ordensschwester Maria-Andreas Weißbacher und Wiener Schüler - Preisträgerin: "Papst-Vision einer universalen Geschwisterlichkeit lassen wir uns von keinem Politiker nehmen"**

Wien, 06.05.2021 (KAP) Die Kärntner Ordensfrau Maria-Andreas Weißbacher ist am Mittwochabend - gemeinsam mit zwei Wiener Schülern - mit dem diesjährigen Ute-Bock-Preis für Zivilcourage ausgezeichnet worden. "Danke, dass Sie dem Christsein ein konkretes, aktuelles Gesicht geben", sagte Pfarrer Helmut Schüller als Vertreter der Menschenrechtsorganisation SOS Mitmensch in seiner Laudatio für die Wernberger Schwester, die sich seit Jahren für Flüchtlinge und gegen Fremdenhass einsetzt. Die Geehrte selbst wandte sich in ihren Dankesworten gegen eine Politik, "die Menschenrechte nur in Österreich verteidigt".

Helmut Schüller, 1992 im Vorfeld des "Lichtermeers" gegen Ausländerfeindlichkeit Gründungsmitglied von SOS Mitmensch, schilderte in der von Okto TV übertragenen Zeremonie die Verdienste der 1939 in Tirol geborenen und 20-jährig in den Orden der Missionsschwestern vom Kostbaren Blut im Kloster Wernberg eingetretenen Weißbacher. Die jetzt pensionierte Religionslehrerin in Villach sei durch eine Begegnung mit dem brasilianischen Erzbischof Dom Helder Camara entwicklungspolitisch sensibilisiert worden und habe in Kärnten einen Beirat zu diesem Thema initiiert - der unter Landeshauptmann Jörg Haider wieder stillgelegt wurde. Die Ordensfrau habe auch den Weltladen Villach mitbegründet und sich für interreligiösen Dialog stark gemacht.

Schüller würdigte die Sensibilität Weißbachers für die Lebenssituation in den Armutregionen der Erde und für daraus Geflohene; sie habe für menschenwürdige Unterkünfte gesorgt, Deutschkurse und Frauengruppen organisiert - und sich öffentlich gegen die Politik Haiders gestellt. Das mache die Ordensfrau zum Vorbild aller, die sich aus christlicher Gesinnung für andere einsetzen.

Die Missionsschwester nahm den Ute-Bock-Preis stellvertretend für viele Frauen und Männer entgegen, die in Kärnten zu Gerechtig-

keit und Frieden beitragen und sich gegen Ausgrenzung und Verhetzung wehren. Sie selbst habe von ihren Eltern ein "Allergen gegen Unrecht" mitbekommen, das durch ihre Schüler wachgehalten worden sei. Umso mehr freue sie sich, dass die mit ihr Geehrten zwei Wiener Schüler - Tierra Rigby und Theo Haas - sind, die sich gegen die Abschiebung ihrer Mitschülerinnen einsetzten. Weißbacher erinnerte an die von Papst Franziskus formulierte Vision einer "universalen Geschwisterlichkeit": "Die lassen wir uns von keinem Politiker nehmen!"

### Griss kritisiert Abschiebungen

Die Leiterin der von der Regierung eingesetzten Kindeswohlkommission, Irmgard Griss, betonte aus Anlass der Preisverleihung, dass sie hoffe, "dass Abschiebsituationen wie im vergangenen Winter nicht mehr vorkommen". Die ehemalige Präsidentin des Obersten Gerichtshofs versicherte in ihrer Videobotschaft, dass die Kommission werde sich die Praxis der Umsetzung der Kinderrechte genau anschauen. Sie sei überzeugt, dass der Bericht ihrer Kommission "bei vielen zu einem Umdenken führen wird, vor allem auch in der Politik".

SOS Mitmensch rief Innenminister Karl Nehammer dazu auf, die Kinder und Jugendlichen, denen durch ihre Abschiebung schweres Unrecht angetan wurde, umgehend nach Österreich zurückzuholen. Es müssten gesetzliche Grundlagen geschaffen werden, "um ein solches Unrecht in Zukunft zu verhindern". Die angesprochenen Abschiebungen nach Georgien und Armenien hatten auch zu vielen Protesten aus den Reihen der Kirche geführt.

Der Ute-Bock-Preis für Zivilcourage wurde 1999 von SOS Mitmensch ins Leben gerufen, um vorbildliches Verhalten auszuzeichnen und mutigen Personen und Initiativen Rückhalt zu geben. Der diesjährige Ute-Bock-Preis war mit insgesamt 4.000 Euro dotiert.

## MIVA sammelt Spenden für Fahrräder mit Erste-Hilfe-Koffer

**Hilfswerk startet Mai-Sammlung unter dem Motto "Zwei Pedale für die Gesundheit" - Ziel sind Fahrräder für Einsatz in HIV- und Tuberkulose-Regionen in Uganda und im Südsudan**

Linz, 05.05.2021 (KAP) Malaria, Tuberkulose und HIV sind nach wie vor "gefährliche Killer", die durch Covid-19 allerdings in den Hintergrund gerückt sind. Darauf machte das kirchliche Hilfswerk "MIVA" (Missionsverkehrsarbeitsgemeinschaft) in einer Aussendung aufmerksam. Weil mobile Gesundheitsteams eine wichtige Stütze in der medizinischen Grundversorgung afrikanischer Dörfer sind, bittet die MIVA um Spenden für ihre traditionelle Fahrradaktion - heuer für ehrenamtliche und geringfügig bezahlte Gesundheitshelferinnen und -helfer in Uganda und im Südsudan.

Durch Corona sterben auch mehr Menschen an anderen Krankheiten, wies die MIVA hin. Die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie hätten etwa HIV-Programme stark beeinträchtigt - durch Unterbrechung von Lieferketten, reduzierte Testmöglichkeiten und eingeschränkte Patientenkontakte. Die UNO rechnet mit bis zu 150.000 zusätzlichen AIDS-Toten aufgrund der Corona-Pandemie.

Die in Afrika dringend benötigten Fahrräder seien zwar langsamer als Auto oder Motorrad, aber sie können trotzdem Menschenleben retten, hieß es in der Aussendung. Denn der Kampf um die Gesundheit habe viele Facetten, wie etwa Gesundheitsteams in den Dörfern, auch "Village Health Teams" oder "Home Health Promoters" genannt. 50 MIVA-Fahrräder mit je einem damit ausgestatteten Erste-Hilfe-Koffer im Wert von 100 Euro sollen die Village Health Teams in Uganda unterstützen. Die katholische Diözese Wau im Südsudan brauche 94 MIVA-Fahrräder für ihre Health Promoters. Sie müssen aus Kenia oder Uganda importiert werden und kosten pro Stück umgerechnet rund 260 Euro.

### Uganda: HIV-Teams im Einsatz

Die Unterstützung bestehender Gesundheitsinitiativen sei nicht nur jetzt ein Gebot der Stunde, sondern auch für die Zeit nach der Pandemie, betonte MIVA. Die mobile HIV-Klinik des St.-Francis-Nyenga-Spitals in Zentraluganda setze seit einiger Zeit auf Basisarbeit in den Dörfern. Gut ausgebildete Teams von Laien (Village Health Teams) betreuten Kranke in den Dörfern und versorgten sie mit Medikamenten. Im Ernstfall vermittelten sie professionelle Hilfe. Die Gesundheitsteams vermindern die Scheu vor medizinischen Einrichtungen und fördern das Bewusstsein für die Notwendigkeit von Hygiene und Prävention, berichtete MIVA.

Im Südsudan spreche man von "Home Health Promoters", also "Hausgesundheitsförderern". In dem verarmten Land mit schlechten Straßen sei es für medizinische Teams nicht leicht, zu Patientinnen und Patienten zu kommen. Sie versorgen die Betroffenen mit Medikamenten, schulen die Dorfgemeinschaften in Gesundheitsfragen und verteilen Moskitonetze und andere gesundheitsfördernde Utensilien.

### Hilfe aus Österreich

Die MIVA ist ein Hilfswerk der katholischen Kirche und finanziert durch Spenden Fahrzeuge für pastorale, soziale und medizinische Einsätze in aller Welt. Je nach Bedarf PKW oder Geländewagen, Motorräder, Fahrräder, Traktoren, landwirtschaftliche Geräte, fallweise auch Boote oder kleine Schiffe, Rollstühle und Lasttiere. Pro Jahr erreichen die MIVA-Zentrale in Stadl-Paura in Oberösterreich weit über eintausend Ansuchen aus aller Welt. Zwischen 300 und 400 Projekte können weltweit unterstützt werden.

(Infos: [www.miva.at/Fahrradaktion2021](http://www.miva.at/Fahrradaktion2021))

## Bischof Aleksij: Immer mehr Russisch-orthodoxe in Österreich

**Bischof der Russisch-orthodoxen Kirche in Österreich im Kathpress-Interview: Überlegungen für weitere Kirchen im Land**

Wien, 06.05.2021 (KAP) Auch wenn er keine genauen Zahlen nennen kann, ist der russisch-orthodoxe Bischof für Österreich, Aleksij (Za-

nochkin) überzeugt, dass die Zahl der russisch-orthodoxen Gläubigen im Land im Steigen ist. Deshalb wären auch die eine oder andere weite-

re Kirche sehr wünschenswert, wie er im Interview der Nachrichtenagentur Kathpress (Donnerstag) sagte. Bischof Aleksij wies zudem darauf hin, dass seine Amtszeit bisher völlig von der Pandemie bestimmt gewesen war, mit den vielen Einschränkungen auch für das kirchliche Leben. Man sei letztlich bisher aber gut über die Runden gekommen.

Sorgen, dass die Gläubigen nach der Pandemie nicht mehr so zahlreich wie zuvor zum Gottesdienst kommen, habe er nicht, so der Bischof. Bischof Aleksij ist seit März 2020 im Amt, ist aber Corona-bedingt erst im Dezember 2020 beständig nach Wien gezogen.

Die Zahl der russisch-orthodoxen Gläubigen in Österreich wird auf 30.000 bis 40.000 geschätzt. Die russisch-orthodoxe Diözese von Wien und Österreich wurde 1962 gegründet und im Jahr 2013 gesetzlich anerkannt. Sitz des Bischofs ist die St.-Nikolaus-Kathedrale im dritten Wiener Gemeindebezirk (Jauresgasse 2). Die Diözese untersteht dem Patriarchat von Moskau unter Patriarch Kyrill I.

Die Russisch-orthodoxe Kirche ist Mitglied des Ökumenischen Rates der Kirchen in Österreich. Die Mitarbeit in der Orthodoxen Bischofskonferenz ist derzeit aufgrund des Konflikts zwischen den Patriarchaten von Moskau und Konstantinopel um die Ukraine ausgesetzt.

Die Nikolaus-Kathedrale in Wien ist das spirituelle und administrative Zentrum der russischen orthodoxen Kirche in Österreich. Die Gemeinde besteht aus Gläubigen verschiedener Nationalitäten. Weitere gesetzlich anerkannte russisch-orthodoxe Gemeinden der Diözese befinden sich in Graz und Linz. Regelmäßige Gottesdienste gibt es auch in Innsbruck, Laa/Thaya und St. Pölten.

Eine weitere russisch-orthodoxe Kirchengemeinde gibt es in Salzburg. Diese unter-

steht administrativ aber nicht der Diözese Wien und Österreich des Moskauer Patriarchats, sondern der Diözese von Berlin und Deutschland der Russisch-orthodoxen Kirche im Ausland (ROKA).

### **Erstes Treffen mit Stiftung "Pro Oriente"**

Erstmals seit Amtsantritt ist Bischof Aleksij in dieser Woche auch persönlich mit den Spitzenvertretern der Stiftung "Pro Oriente" zusammengetroffen. An der "herzlichen" Begegnung am Mittwoch in Wien nahmen neben Bischof Aleksij und "Pro Oriente"-Präsident Alfons M. Kloss auch Vizepräsident Prof. Rudolf Prokschi und Generalsekretär Bernd Mussinghoff teil, wie die Stiftung am Donnerstag mitteilte. Kloss erläuterte dem Bischof demnach die Arbeit der Stiftung vor allem auch im Bereich des katholisch-orthodoxen Dialogs.

Aktuell wird u.a. an einer Online-Datenbank gearbeitet, die alle vorhandenen offiziellen wie inoffiziellen Dokumente zum katholisch-orthodoxen Dialog enthalten soll, die auf verschiedenen nationalen und regionalen Ebenen sowie auf globaler Ebene bereits erarbeitet wurden. Schrittweise sollen diese Dokumente in insgesamt acht Sprachen übersetzt werden, darunter auch ins Russische.

Bischof Aleksij berichtete in dem Gespräch auch von aktuellen Schwerpunkten der Arbeit seiner Kirche in Österreich, die im Bereich der Jugend- und Sozialarbeit, in der Verbreiterung des Informationsangebots wie auch in der Förderung des Dialogs angesiedelt seien. Prof. Prokschi, der auch Vorsitzender des Ökumenischen Rates der Kirchen in Österreich (ÖRKÖ) ist, stellte die Arbeit dieses ökumenisch wichtigen Gremiums vor und zeigte sich dankbar über die Mitarbeit der Russisch-orthodoxen Kirche.

## **"Weltkirche-Bischof" Freistetter besorgt über Gewalt in Kolumbien**

**Bischof in KOO-Aussendung über Gewalteskalation: Regierung sieht eigene Bevölkerung als Gegnerin - Kirche soll friedensstiftende Rolle einnehmen**

Wien, 06.05.2021 (KAP) "Weltkirche-Bischof" Werner Freistetter hat Sorge über die aktuelle Gewalteskalation in Kolumbien geäußert. "Wenn eine Regierung ihre eigene Bevölkerung als Gegnerin sieht oder der Staat die Kooperation mit den gesellschaftlichen Akteuren nicht pflegt, verschärfen sich Spannungen innerhalb einer

Gesellschaft und werden zu Fronten", warnte der Vorsitzende der KOO (Koordinierungsstelle der Österreichischen Bischofskonferenz für internationale Entwicklung und Mission) am Donnerstag in Wien. Freistetter teilt die Ansicht der Kolumbianischen Bischofskonferenz, dass friedlicher Protest ein Recht und eine legitime Maß-

nahme sein müssen, um Antworten auf soziale Bedürfnisse und Forderungen zu erhalten.

Derzeit erlebt das südamerikanische Land die schwersten Unruhen seit Jahren. Aufgrund einer geplanten Steuerreform, die vor allem Bezieher niedriger und mittlerer Einkommen hart treffen würde, gingen Tausende in den Städten ganz Kolumbiens auf die Straßen, um ihrem Unmut Luft zu verschaffen, schilderte die KOO die Situation. Bei gewalttätigen Auseinandersetzungen am Mittwoch wurden allein in der Hauptstadt Bogota mindestens 46 Menschen verletzt. EU und UN zeigten sich insbesondere wegen der Berichte über massive Polizeigewalt alarmiert. Medien sehen hier gerade Jugendliche betroffen, die sich gegen "das verkrustete und von Korruption gekennzeichnete politische System" des Landes auf den Straßen versammeln, hieß es in der Aussendung.

Auch für Österreich gelte: "Wir müssen wachsam bleiben für Entwicklungen in allen Regionen der Welt, die das Gemeinwohl untergraben oder Menschenrechte verletzen", so Bischof Freistetter. Die Corona-Pandemie lasse manche Themen derzeit weniger stark im Fokus der Öffentlichkeit stehen, als es notwendig wäre.

Hinter den jüngsten Gewaltexzessen liegen laut KOO-Leiterin Anja Appel jahrzehntelange gesellschaftliche Konflikte, die nicht ausreichend bearbeitet bzw. "sogar strukturell geschürt" wurden. In einer Krise wie der aktuellen Pandemie würden fragile Umstände noch brüchiger. Wo steigende extreme Armut und schlechte Gesundheits- und Bildungsversorgung das Leben bestimmen, "müssen die soziale Ungleichheit verschärfende Maßnahmen zur Eskalation führen", sagte Appel. Die Debatte um die geplante Steuerreform sei wohl nur der berühmte Tropfen, der das Fass endgültig zum Überlaufen brachte.

Der Kirche maß Appel eine wichtige Rolle bei: Sie müsse sich überall für friedvolle Lösungen einsetzen, den Armen und Bedrängten beistehen, die Demokratie verteidigen und Räume für Dialog und möglichen Vertrauensaufbau anbieten. "Wir wissen von vielen Situationen, in denen die Ortskirche eine der Institutionen ist, die gegnerische Akteure an einen Tisch bringen kann, humanitäre Lösungen für Notsituationen findet oder als Anwältin für die Grundrechte der Menschen auftritt, wo diese von Seiten der Machthaber verletzt werden", wies Appel hin.

Auch die katholischen EZA-Organisationen innerhalb der KOO stünden in solchen Momenten an der Seite ihrer Partnerorganisationen vor Ort: "Es gilt, die eigenen Möglichkeiten einzusetzen, damit schwelende oder eskalierende Konflikte Aufmerksamkeit bekommen", so Appel abschließend.

### **Rückfall nach Friedensbemühungen**

In Kolumbien sind laut Human Rights Watch (HRW) seit Beginn der Proteste vor gut einer Woche bisher 31 Menschen ums Leben gekommen. Für mindestens die Hälfte der Toten sollen die Sicherheitskräfte verantwortlich sein, berichten lokale Medien unter Berufung auf die Ombudsstelle zur Verteidigung der Rechte des kolumbianischen Volkes. Hilfsorganisationen verurteilten die Polizeigewalt und befürchteten einen Rückfall in überwunden geglaubte Gewalt, nachdem Ex-Präsident Juan Manuel Santos Calderon 2016 für seine Bemühungen um den Friedensprozess in Kolumbien den Friedensnobelpreis erhalten hatte. 2020 gingen wieder mehrere zehntausend Menschen auf die Straßen, um gegen eine anhaltende Mordserie gegen Sozialaktivisten und Menschenrechtler zu demonstrieren. Auch hatten sie eine schleppende Umsetzung des Friedensprozesses mit der ehemaligen FARC-Guerilla beklagt.

---

## V A T I K A N & R O M

---

### Papst wirbt für "Bereitschaft, alle offen aufzunehmen"

**Botschaft zum Weltflüchtlingstag mit Aufruf, "dass es keine Mauern mehr gibt, die uns trennen" sowie für mehr Versöhnung und "Wir-Gefühl" der Menschheit - Katholiken sollen Kirche "inklusive" machen**

Vatikanstadt, 06.05.2021 (KAP) Papst Franziskus hat erneut mehr Solidarität mit "Ausländern, Migranten und Ausgegrenzten" gefordert. "Wir sind aufgerufen, uns dafür einzusetzen, dass es keine Mauern mehr gibt, die uns trennen", heißt es in seiner Botschaft zum 107. Welttag des Migranten und Flüchtlings. Der Titel des am Donnerstag veröffentlichten Schreibens lautet "Auf dem Weg zu einem immer größeren Wir".

Darin zitiert Franziskus an etlichen Stellen aus seiner Enzyklika "Fratelli tutti", mit der er bereits im Oktober für mehr "Geschwisterlichkeit" warb. Die ganze Menschheitsfamilie müsse einen Weg der Versöhnung einschlagen, damit "es nicht mehr die Anderen gibt, sondern nur noch ein Wir". Dieses Wir werde von einem "verbohrten und aggressiven Nationalismus und einem radikalen Individualismus" bedroht.

Angesichts dieser Gefahr sollten die verschiedenen Glieder der katholischen Weltkirche mithelfen, "eine alle umfassende Gemeinschaft in der Vielfalt" zu bilden. Interkultureller Dialog sowie die Begegnung mit Fremden, Migranten, Flüchtlingen böten die Möglichkeit, "zu wachsen und uns gegenseitig zu bereichern". Alle Katholiken seien deshalb aufgerufen, die Kirche immer inklusiver zu machen.

Der Papst plädiert vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Migrationsflüsse für eine "Bereitschaft, alle offen aufzunehmen." Dies solle ohne Vorurteile, Angst oder Proselytismus geschehen. Vielmehr gehe es darum, die Liebe Gottes zu bezeugen.

"Die Zukunft unserer Gesellschaften ist eine 'bunte' Zukunft, reich an Vielfalt und interkulturellen Beziehungen", betont der 84-Jährige. Aus diesem Grund müssten die Menschen lernen, in Harmonie und Frieden zusammenzuleben. Das sei nur durch eine Kultur der Begegnung vorstellbar. Durch den Austausch mit Migranten könne man Ängste überwinden und sich "von den vielen unterschiedlichen Gaben bereichern lassen". So werde es möglich, "Grenzen in besondere Orte der Begegnung zu verwandeln,

wo sich das Wunder eines immer umfassenderen Wir ereignen kann".

Der vatikanische Migrationsexperte Kardinal Michael Czerny verwies bei der Präsentation der Papstbotschaft zum nächsten Welttag des Migranten und Flüchtlings auf das Gleichnis vom barmherzigen Samariter. Im Gegensatz zu anderen sei dieser nicht in "obsessiver Sorge um sich selbst" versunken. Der Samariter habe stattdessen die "Grenze zwischen dem Wir und den Anderen" überschritten. Seine Hilfe für einen am Straßenrand liegenden Verwundeten sei beispielhaft auch für die heutige Zeit. So müsse die gesamte Menschheit solidarisch zusammenarbeiten, um die Corona-Pandemie zu überwinden. Andernfalls drohe allen das Verderben.

Die Ordensfrau und Wirtschaftswissenschaftlerin Alessandra Smerilli kritisierte ein "entstelltes Wir" vor allem in ökonomischer Hinsicht. Das Finanzwesen sei "in den meisten Fällen zu reiner Spekulation geworden", sagte die Don-Bosco-Schwester. Smerilli ist Mitglied eines Experten-Teams des Vatikan, das sich mit den Folgen der Corona-Krise befasst und gehört der Führung des vatikanischen Entwicklungsdikasteriums an. Solange die vorherrschende Frage laute "Was ist das Beste für mich?" - und nicht "Was ist das Beste für uns alle?", sei es unmöglich, "eine kranke Wirtschaft zu heilen", sagte sie. Das führe etwa zu Spekulationsgeschäften mit Nahrungsmitteln und zu entsprechenden Preissteigerungen auch in armen Ländern, gab die Italienerin zu bedenken. Weitere Migrationsbewegungen seien die Folge.

Der 107. Welttag findet dieses Jahr am 26. September statt. Ziel des katholischen Aktionstages ist es, eine "integrative Kirche" zu bilden, die "aufmerksam ist für die gesamte Menschheitsfamilie" und fähig, "Gemeinschaft in Vielfalt zu schaffen". Getragen wird der Welttag von kirchlichen Organisationen wie Caritas, Missio oder Sant'Egidio. Er wird aber auch in vielen Pfarrgemeinden begangen.

## Nächste Generalaudienz des Papstes wieder öffentlich zugänglich

**Franziskus nimmt wöchentliche Begegnung mit Gläubigen zunächst im vatikanischen Damasushof wieder auf - Pandemie-bedingt in den vergangenen Wochen nur Ansprachen per Online-Videostream**

Vatikanstadt, 06.05.2021 (KAP) Nach längerer Pause wegen der anhaltenden Corona-Pandemie findet die nächste Generalaudienz mit Papst Franziskus wieder in der Öffentlichkeit statt. Wie der Vatikan am Donnerstag mitteilte, wird die Veranstaltung am kommenden Mittwoch auf den Damasushof des Apostolischen Palastes verlegt. Gäste seien zugelassen. Eintrittskarten würden nicht benötigt.

Zuletzt wurden die wöchentlichen Ansprachen des Papstes - ohne Anwesenheit von

Gläubigen - per Online-Videostream übertragen. Vor Beginn der Pandemie hatte Franziskus zu den regelmäßigen Generalaudienzen auf dem Petersplatz jeweils Tausende Pilger aus aller Welt empfangen.

Bereits im vergangenen Jahr wurde die Zeremonie nach einem ersten Corona-Lockdown zeitweise auf den Damasushof verlegt. Nach dem erneuten Anstieg der Infektionszahlen in Italien ging der Vatikan wieder zum Video-Format über.

## Papst empfängt Schweizer Bundespräsidenten und neue Gardisten

**Tag der Schweizergarde-Vereidigung startete mit Petersdom-Messe mit Kardinalstaatssekretär Parolin und diplomatischer Visite der Schweizer Delegation bei Franziskus**

Vatikanstadt, 06.05.2021 (KAP) Papst Franziskus hat am Donnerstag den Schweizer Bundespräsidenten Guy Parmelin in Privataudienz empfangen. Das Staatsoberhaupt hält sich anlässlich der Vereidigung neuer Schweizergardisten zusammen mit einer Delegation im Vatikan auf. Über Gesprächsinhalte wurde zunächst nichts bekannt.

Bei der rund 30-minütigen Begegnung überreichte Parmelin dem Papst einen Präsentkorb mit Schweizer Spezialitäten. Franziskus seinerseits überreichte den Gästen eine Majolika-Kachel, die eine Petrus-Statue und den Petersdom zeigt, sowie einige seiner jüngsten Schriften, unter anderem die Enzyklika "Fratelli tutti".

Anschließend traf der Papst mit den neuen Schweizergardisten zusammen, die am Nachmittag vereidigt werden sollten. Die 34 Rekruten waren in Begleitung ihrer Eltern und einzelner Geschwister. Auch wenn die Garde inzwischen geimpft ist, finden Eides-Zeremonie und Begegnungen in kleinerem Rahmen statt.

In einem kurzen Grußwort dankte Franziskus den Gardisten laut Redeskript für ihre Bereitschaft, "dem Papst und der kirchlichen Gemeinschaft" zu dienen. Es sei äußerst anerkennenswert, dass junge Männer sich bereiterklärten, einige Jahre ihres Lebens dem Nachfol-

ger des Petrus zu widmen. Bei einigen münde dies später in eine Berufung zum Priester- oder Ordensleben, bei anderen zu einem Leben als Ehemann und Familienvater. Diese Vielfalt sei wichtig für die Kirche.

Für Touristen wie Pilger, die nach Rom kommen, sei die Begegnung mit den freundlichen und hilfsbereiten Gardisten eine wichtige Erfahrung. Abschließend wünschte der Papst, die Jahre in Rom und im Vatikan möge den jungen Männern auch gute geistliche Erfahrungen bieten. Diese stellten im Zusammenhang mit einer militärischen Ausbildung und dem Sicherheitsdienst eine besondere Kombination dar.

### Parolin lobt Glaube und Disziplin

Begonnen hatte der Tag der traditionellen Rekruten-Vereidigung Donnerstagfrüh mit einer Messe im Petersdom. Kardinalstaatssekretär Pietro Parolin dankte dabei der Schweizergarde in seiner Predigt nicht nur dafür, dass, sondern auch wie diese ihren Dienst ausübe. Sich aus Liebe zu Gott in den Dienst des Papstes zu stellen, nötigenfalls mit dem eigenen Leben, verlange neben Glauben auch äußere wie innere Disziplin.

Bei dem Gottesdienst mit etwa 200 Teilnehmern zelebrierten mit Parolin auch die Schweizer Kurienkardinal Kurt Koch, der Nunti-

us in Italien, Erzbischof Emil Paul Tscherrig, sowie Weihbischof Alain de Raemy von Lausanne, Genf und Freiburg.

Mit den 34 neuen Gardisten hat die Päpstliche Schweizergarde aktuell 127 Mann; ihre Sollstärke liegt bei 135. Die Vereidigung findet traditionell am 6. Mai statt, dem Jahrestag des "Sacco di Roma" im Jahr 1527. Damals über-

fielen rund 20.000 Landsknechte Kaiser Karls V. Rom und plünderten die Stadt tagelang. Bei der Verteidigung von Papst Clemens VII. (1523-1534) kamen damals 147 Gardisten ums Leben. 2020 musste die Zeremonie pandemiebedingt Anfang Oktober stattfinden; in diesem Jahr erfolgt sie in kleinerem Rahmen.

## **Hochkarätige Vatikan-Tagung mit Impfstoff-Produzenten**

### **Virtuelle Konferenz mit Chefs von Pfizer und Moderna sowie US-Infektionswissenschaftler Fauci**

Vatikanstadt, 05.05.2021 (KAP) Vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie hat am Donnerstag im Vatikan eine internationale Tagung zu den Folgen der aktuellen medizinischen Entwicklung begonnen. Redner bei dem virtuellen Austausch bis Samstag sind unter anderen der US-amerikanische Infektionswissenschaftler Anthony Fauci sowie die Chefs der Impfstoff-Konzerne Pfizer und Moderna, Albert Bourla und Stephane Bancel. Laut Mitteilung des Vatikan will sich Papst Franziskus zum Abschluss mit einer Videobotschaft an die Teilnehmer wenden.

Die Konferenz soll Wissenschaftler unterschiedlicher Fachrichtungen, Ethiker, Religionsführer und Vertreter für Patientenrechte sowie Politiker und Philanthropen ins Gespräch bringen. Die Liste von mehr als 110 Referenten nennt die Leiter der Gesundheitssparten von

Google und Microsoft, Wissenschaftler der Johns-Hopkins-Universität und anderer führender Hochschulen, aber auch Repräsentanten unterschiedlicher Glaubensgemeinschaften wie den Mormonen und Kardiologen Dale G. Renlund oder Deepak Chopra, der für alternative Medizin wirbt.

Organisiert wird die Veranstaltung "Exploring the Mind, Body and Soul" vom Päpstlichen Kulturrat unter Leitung von Kurienkardinal Gianfranco Ravasi sowie von der Cura Foundation, einer Stiftung für gesundheitspolitische Fragen mit Sitz in New York. Sie richtet sich an Kleriker, Mitarbeiter im Gesundheitswesen und Studierende katholischer Universitäten weltweit. Es ist die fünfte derartige Tagung auf vatikanische Initiative.

## **Kardinal Parolin fordert mehr Engagement in Sachen Jugendschutz**

### **Erklärung des vatikanischen Kardinalstaatssekretärs zum "Nationalen Tag gegen Pädophilie" in Italien**

Vatikanstadt/Rom, 06.05.2021 (KAP) Kardinalstaatssekretär Pietro Parolin hat anlässlich des "Nationalen Tags gegen Pädophilie" in Italien einen effektiveren Kinder- und Jugendschutz gefordert. Der schwächste Teil der Gesellschaft sei gravierenden "Risiken, Ängsten und Gefahren" ausgesetzt, hieß es in einer vom Vatikan veröffentlichten Erklärung des Kardinals. Die "Würde der Jüngsten und Wehrlosesten" müsse unbedingt verteidigt werden. Dafür seien "einschneidende" Maßnahmen notwendig, etwa

beim Umgang mit modernen Kommunikationsmitteln.

Die italienische Polizei veröffentlichte zum Aktionstag gegen Pädophilie am Mittwoch eine besorgniserregende Statistik: Demnach stieg die Zahl der registrierten Online-Straftaten gegen Kinder und Jugendliche im Jahr 2020 um 77 Prozent. Meist handelte es sich den Angaben zufolge um Kinderpornografie, Cyber-Mobbing oder um sexuelle Erpressung.

## Papst ruft zu ehrlichem Dialog in Paraguay auf

### Sorge über Verschärfung der "endemischen Probleme" Armut und Ungerechtigkeit durch Corona

Asuncion, 06.05.2021 (KAP) Angesichts einer innenpolitischen Krise in Paraguay ruft Papst Franziskus die politischen Akteure zu einem "ehrlichen Dialog zwischen allen Sektoren der Gesellschaft" auf. Die Corona-Pandemie habe die endemischen Probleme der ärmsten Länder noch einmal verschärft und Leid, Armut und Ungerechtigkeit noch einmal anwachsen lassen, zitiert die Tageszeitung "Hoy" aus einem Ant-

wortbrief an Paraguays Präsidenten Mario Abdo Benitez.

In Paraguay gab es zuletzt Proteste gegen die rechtsgerichtete Regierung. Sie richten sich gegen Korruption im Gesundheitswesen und einen Mangel an Medikamenten in der Corona-Pandemie. Abdo Benitez reagierte mit einem Umbau seines Kabinetts.

---

## A U S L A N D

---

## Papst drückt Indien in der Pandemie seine Solidarität aus

### Neuer Höhepunkt der Corona-Welle auf dem Subkontinent mit aktuell mehr als 400.000 Neuinfektionen pro Tag - Caritas, Salesianer Don Boscos und Partner der Dreikönigsaktion helfen

Rom/Neu-Delhi/Wien, 06.05.2021 (KAP) Angesichts der erheblich verschärften Covid-Pandemie in Indien hat Papst Franziskus den Menschen seine "herzliche Solidarität und geistliche Nähe" übermittelt. Er bete, dass Gott allen, die von dieser schweren Pandemie betroffen sind, Heilung und Trost schenke, schrieb er in einem Brief (Donnerstag) an den Vorsitzenden der Indischen Bischofskonferenz, Bombays Kardinal Oswald Gracias.

Ganz besonders, so Franziskus, sei er bei "den Kranken und ihren Familien, bei denen, die sie pflegen", und denen, "die den Verlust ihrer Angehörigen betrauern". Zudem danke er den vielen Ärzten, Krankenschwestern, Krankenhausmitarbeitern, Ambulanzfahrern, "die unermüdlich arbeiten, um auf die unmittelbaren Bedürfnisse ihrer Brüder und Schwestern zu reagieren".

Mit 4.000 Toten und mehr als 412.000 neuen Corona-Infektionen binnen 24 Stunden haben die Corona-Zahlen in Indien einen neuen Höchstwert erreicht. Diese Entwicklung stelle einen Rückschlag dar, nachdem in den vergangenen Tagen die Neuinfektionen leicht rückläufig waren, berichteten indische Medien am Donnerstag.

Mit 4.000 Toten und mehr als 412.000 neuen Corona-Infektionen binnen 24 Stunden

haben die Corona-Zahlen in Indien einen neuen Höchstwert erreicht. Diese Entwicklungen stellen einen Rückschlag dar, nachdem in vergangenen Tagen die Neuinfektionen leicht rückläufig waren, berichteten indische Medien am Donnerstag. Die am schwersten von der neuen Corona-Welle betroffenen Regionen seien die Bundesstaaten Delhi und Maharashtra mit seiner Hauptstadt Mumbai sowie Westbengalen und seine Hauptstadt Kalkutta (Kolkata), Karnataka als Standort der indischen Hochtechnologie- und IT-Branche sowie Kerala mit seinem hohen christlich-katholischen Bevölkerungsanteil.

Der wissenschaftliche Chefberater der indischen Regierung, Krishnaswamy Vijay Raghavan, warnte angesichts des "hohen Niveaus der zirkulierenden Virusmenge" vor einer "unvermeidbaren" weiteren Infektionswelle. Das aktuell prominenteste katholische Opfer der Pandemie ist der emeritierte Erzbischof Antony Anandarayar von Pondicherry-Cuddalore, der am Dienstag in Folge einer Covid-Erkrankung gestorben war.

Kliniken können den Patientenansturm eigenen Angaben zufolge nicht mehr bewältigen. Es fehlt an Sauerstoff und Beatmungsgeräten. Täglich sterben tausende Menschen auf den Straßen vor den Klinken, heißt es. Trotz der Kri-

se lehnt Premierminister Narendra Modi laut Berichten weiterhin einen landesweiten Lockdown zur Corona-Bekämpfung in dem Land mit 1,3 Milliarden Einwohnern ab.

In einigen Diözesen Indiens unterstützt die katholische Hilfsorganisation Caritas Corona-Betroffene. Die Erzdiözese Ranchi im Bundesstaat Jharkhand verteilt seit Dienstag vor dem Rajendra Institute of Medical Sciences (RIMS) täglich kostenlose Mittagessen an Angehörige von Patienten. Weihbischof Theodore Mascarenhas von der Erzdiözese Ranchi sagte zum Start der Hilfsaktion dem asiatischen Pressedienst Ucanews: "Die Kirche wird weiterhin für die Armen arbeiten, und wir können den Bedürftigen nur dank der großzügigen Spenden guter Menschen helfen."

In vielen Städten Indiens leisten Caritas-Organisationen mit provisorischen Behandlungszelten in der Nähe der Kliniken eine medizinische Erstversorgung von Erkrankten. Geholfen wird auch durch Schutzmaterial, Hygienematerialien und Essen Menschen, die durch die Pandemie ihren Job verloren haben bzw. in Not geraten sind.

Auch die österreichische Caritas ruft im Rahmen ihrer Katastrophenhilfe zu Spenden für die Corona-Nothilfe in Indien und Südasien auf. Wie die kirchliche Hilfsorganisation informiert, plant die Caritas Indien derzeit, medizinische Zentren und Isolierstationen zur Verfügung zu

stellen, um die staatlichen Strukturen zu entlasten und die weitere Verbreitung von Covid-19 zu verlangsamen. Covid-19-positive Patienten, die angesichts der hohen Bevölkerungsdichte in den meisten Städten Indiens keine Möglichkeit haben, sich zu Hause zu isolieren, werden in diesen Zentren erstversorgt, damit sich die Infektion nicht auf die anderen gefährdeten Familienmitglieder ausbreiten kann. Dadurch wird das Risiko einer weiteren Infektion in der Familie verringert und auch die Belastung der von der Regierung eingerichteten Isolierzentren für leichte und asymptomatische Fälle reduziert.

Auch die Salesianer Don Boscos, die in mehreren indischen Bundesstaaten zu den größten privaten Bildungsträgern mit über 360 Schulen zählen, haben zuletzt einen internationalen Hilfsaufruf für die Versorgung der Bedürftigsten mit Lebensmitteln, Hygieneartikeln und Medikamenten gestartet. Menschen, die nicht vorsorgen konnten, stünden durch den Stillstand des öffentlichen Lebens vor großen Problemen, insbesondere Kinder und alte Menschen, warnte P. Noel Maddhichetty, Direktor des Don Bosco Network South Asia. Aus Österreich unterstützt wird er vom Hilfswerk "Jugend Eine Welt" sowie von der Don Bosco Mission Austria. Ebenso setzt sich auch die Dreikönigsaktion mit ihren Partnerorganisationen vor Ort für die Opfer der Pandemie ein.

## Hilfswerk Dreikönigsaktion: Corona stürzt Indien ins Chaos

**Indienexpertin: "Apotheke der Welt" kann sich selbst nicht mehr versorgen - Hilfsorganisationen helfen bei Suche nach Sauerstoff und Spitalsplätzen - Projektpartnerin: "Wir haben keine Worte mehr, nur noch Tränen"**

Wien, 06.05.2021 (KAP) Eine neue Pandemiewelle erschüttert Indien: Das Gesundheitssystem bricht zusammen, es fehlt an Test-Möglichkeiten, Krankenhausbetten, Sauerstoff und Medikamenten. Die mangelnde Versorgung gepaart mit Chaos und einer schlechten Informationslage führten dazu, dass Corona-Patienten teils vor den Krankenhäusern sterben müssten oder Corona-Erkrankte gar nicht mehr in die Spitäler gebracht werden würden, beschreibt die Indienexpertin und Projektreferentin der Dreikönigsaktion (DKA), Eva Wallensteiner, die Situation im Kathpress-Interview. Die "Apotheke der Welt" könne sich selbst nicht mehr versorgen.

In dem südasiatischen Land mit mehr als 1,3 Milliarden Einwohnern gebe es auf 10.000 Inder nur 5 Spitalsbetten, so Wallensteiner. Der Staat versuche nun sogar Züge als Corona-Stationen umzurüsten und auch private Spitäler müssten Corona-Patienten aufnehmen. Hinzu komme ein mangelndes Vertrauen in staatliche Strukturen: Die Menschen verließen sich eher auf ihre Familie, Kaste oder ihr soziales Netz, als auf das staatliche Gesundheitssystem. "Speziell reiche Inder bevorraten Sauerstoffflaschen daheim, damit sie diese im Notfall einsetzen können", sagt Wallensteiner. Diese fehlen als Folge in der medizinischen Versorgung.

Die Lage sei dramatisch und außer Kontrolle, meint auch Ashraf Patel, Projektpartnerin der Dreikönigsaktion in Delhi. Indien sei aktuell eine "traumatisierte Nation, voll von Furcht, Trauer und Verlust, ohne Hoffnung". Überall gebe es Schreie nach Hilfe und Hoffnungslosigkeit: "Wir haben keine Worte mehr, nur noch Tränen."

Trotz Verzweiflung gebe es Unterstützungsaktionen von NGOs oder Zivilgesellschaft und Nachbarschaftshilfe: "Das Zeichen ist klar: Wir geben nicht auf. Das gibt uns die Hoffnung, dass wir auch die dritte Covid-Welle überstehen werden", so Patel.

Die DKA, das Hilfswerk der Katholischen Jungschar, helfe aktuell gemeinsam mit der Katholischen Frauenbewegung Österreich (kfb) den indischen Projektpartnern mit finanzieller Unterstützung für Corona-Soforthilfemaßnahmen, so die DKA-Referentin Wallensteiner. Lokale Partner unterstützten beim ersten Corona-Lockdown bereits mit Masken, Seifen und Nahrungsmitteln; nun heiße es bei der Sauerstoff- oder Spitalsplatz-Suche zu unterstützen, Ein großes Thema sei auch die Corona-Aufklärungsarbeit über Soziale Medien: So helfen Hilfsorganisationen etwa über Facebook, dass Menschen zu Hilfsmaßnahmen und Impfungen kommen. "Hilfsorganisationen können aber nur versuchen einzudämmen, dass sich Corona nicht noch weiter ausbreitet", betont Wallensteiner. Mehr denn je sei nun eine internationale Solidarität gefordert.

### **Kein Home-Office für Straßenarbeiter**

Die in Österreich üblichen Anti-Corona-Maßnahmen - wie Abstand, Hygiene oder Home-Office - könnten in Indien aber schlicht nicht einhalten. "Die Menschen haben nur wenige Möglichkeiten sich zu isolieren, leben beengt und es gibt kein 'Home-Office' für Menschen, die auf der Straße arbeiten müssen", beschreibt die Indienexpertin. Zusätzlich könnten Corona-Erkrankte aufgrund der beengten Wohnverhältnissen nicht abgeschottet werde. Die Folge: Ganze Familienverbände stecken sich an und tragen Corona weiter.

"Wanderarbeiter, die sich nicht am Ort ihrer Registrierung aufhalten, haben keinen Zugang zu Hilfsleistungen", erklärt Wallensteiner weiter. Auch die meisten Slumbewohner seien nicht registriert und damit "unsichtbare Menschen". Umso wichtiger sei es nun, dass Hilfsorganisationen und die Zivilgesellschaft sich engagieren. Es gehe darum, "Corona so zu erzählen, dass es jeder, der nicht lesen und schreiben kann, versteht. Das ist verabsäumt worden."

Die schlechte medizinische Versorgungslage liege jedoch weniger am Kastensystem oder an sozialen Ungleichheiten, denn am schlechten Gesundheitssystem und fehlenden Strukturen, stellt die DKA-Projektreferentin klar. Zwar gebe es auf dem Subkontinent noch immer ein Gefälle zwischen den sozialen Schichten, jedoch mangle es aktuell allen Indern an Masken, Antigen-Tests, Informationen und Impfstoffen.

Es sei die Zeit nach der ersten Corona-Welle verschlafen worden, lautet die Kritik der Indien-Expertin. Die Politik sei in fünf Unionsstaaten zu sehr mit Wahlen und Wahlpropaganda beschäftigt gewesen. Zudem habe es lange Zeit geheißt, dass Indien gegen das "China Virus" immun sei oder schon eine Herdenimmunität besitze. Beides habe sich nicht bewahrheitet: Politik und Pharmaindustrie hätten zu langsam reagiert, meint Wallensteiner.

Der Subkontinent meldete am Donnerstag mehr als 400.000 Neuinfektionen. Binnen 24 Stunden sind in dem Land mehr als 3.000 Menschen gestorben. In absoluten Zahlen ist Indien mit seinen 1,3 Milliarden Einwohnern mit über 20,6 Millionen erfassten Corona-Infektionen hinter den USA am stärksten von der Pandemie betroffen. Neben Neu-Delhi und den anderen Großstädten sei mittlerweile auch die Lage in den ländlichen Gebieten dramatisch, so Wallensteiner. Selbst die Beerdigungen oder rituellen Verbrennungen der Toten werden zum Problem, da Holz teuer sei.

(Spenden an: <https://www.dka.at/corona-hilfe> oder <https://www.teilen.at/spenden>)

## US-Präsident würdigt nationalen Gebetstag

**Biden schießt sich am "National Day of Prayer" allen Gläubigen "im Gebet um geistliche Führung, Barmherzigkeit und Schutz" an**

Washington, 06.05.2021 (KAP/KNA) US-Präsident Joe Biden hat den nationalen Gebetstag seines Landes gewürdigt. "Ich lade die Bürger unserer Nation ein, gemäß ihrem Glauben und Gewissen für unsere vielen Freiheiten und Segnungen zu danken, und ich schließe mich allen Gläubigen im Gebet um geistliche Führung, Barmherzigkeit und Schutz an", schreibt der Präsident auf der Website des Weißen Hauses. Mit dem Gebetstag bekenne sich die USA "zu den Grundfreiheiten, die unsere Nation von ihren Anfängen an definiert und geleitet haben", so Biden. Die USA seien wegen ihrer Freiheiten eine Nation von "bemerkenswerter religiöser Vitalität und Vielfalt über Generationen".

Biden würdigte das Gebet, das "moralische Bewegungen genährt" und "notwendige Kämpfe gegen Rassenungerechtigkeit, Kinderarbeit und die Verletzung der Rechte behinderter Amerikaner" unterstützt habe. Beten sei "eine tägliche Praxis für viele"; es sei Hilfe und Dank zugleich.

Der "National Day of Prayer" findet in den USA jährlich am ersten Donnerstag im Mai statt. Der Präsident ist gesetzlich verpflichtet, jedes Jahr eine Proklamation zu unterzeichnen, die alle US-Amerikaner ermutigt, an diesem Tag zu beten. Seinen Ursprung hat der Tag in der Amtszeit des zweiten US-Präsidenten John Adams (1797-1801).

## Palliativmediziner begrüßen Ärztetag-Entscheid zu Suizidhilfe

**Deutsches Ärzteparlament streicht nach Höchstrichter-Urteil Verbot ärztlicher Suizidbeihilfe aus Berufsrecht, lehnt aber Verpflichtung von Ärzten zu Suizid-Mitwirkung ab**

Bonn, 06.05.2021 (KAP/KNA) Die Deutsche Gesellschaft für Palliativmedizin (DGP) lobt den Beschluss des Deutschen Ärztetages zur Suizidassistenz. "Wir begrüßen die Klarstellung, dass die Mitwirkung an einem Suizid keine ärztliche Aufgabe ist", erklärte die DGP-Präsidentin Claudia Bausewein am Donnerstag in Berlin.

Der Ärztetag hatte am Mittwoch das Verbot ärztlicher Suizidbeihilfe aus dem Berufsrecht gestrichen. Zugleich lehnten die Delegierten aber eine Verpflichtung von Ärzten zur Mitwirkung beim assistierten Suizid ab. Bausewein betonte, für die Ärzteschaft gehöre das vertrauensvolle und wertschätzende Gespräch über den Wunsch zu sterben zum Kern ärztlicher Tätigkeit. Sie begrüßte auch, dass das Ärzteparlament die Politik aufgefordert habe, die Suizidprävention auszubauen.

Mit dem Beschluss vom Mittwoch reagierte der Deutsche Ärztetag auf ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe vom Februar 2020. Der Satz "Der Arzt darf keine Hilfe zur Selbsttötung leisten" wurde aus der Musterberufsordnung gestrichen. In dem mit großer

Mehrheit angenommenen Antrag betonte das Ärzteparlament zugleich, Aufgabe der Ärztinnen und Ärzte sei es laut Berufsordnung, "das Leben zu erhalten, die Gesundheit zu schützen und wiederherzustellen, Leiden zu lindern, Sterbenden Beistand zu leisten und an der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen im Hinblick auf ihre Bedeutung für die Gesundheit der Menschen mitzuwirken". Daraus ergibt sich nach Meinung der Delegierten klar, dass es "nicht zum Aufgabenspektrum der Ärzteschaft zählt, Hilfe zur Selbsttötung zu leisten".

In weiteren Anträgen betonen die Delegierten mit großer Mehrheit, dass es niemals Aufgabe der Ärzteschaft sein könne, für Nichterkrankte eine Indikation, Beratung oder gar Durchführung eines Sterbewunsches zu vollziehen. Eine Verpflichtung zur Ausstellung einer ärztlichen Bescheinigung am Ende eines gesetzlich vorgeschriebenen Beratungsprozesses lehnten die Delegierten ab. Der Ärztetag forderte Politik und Gesellschaft zugleich auf, der Suizidprävention in Deutschland einen deutlich größeren Stellenwert zu geben.

## Schweizer Kanton will Pflegeheime zu Sterbehilfe verpflichten

**Wiener Bioethikerin Kummer sieht darin "alarmierende Entwicklung" - Bericht in den Niederlanden weist für 2020 neuen Höchststand von 7.000 Fällen aktiver Sterbehilfe aus**

Zürich/Wien, 06.05.2021 (KAP) Alters- und Pflegeheime im Schweizer Kanton Graubünden sollen gesetzlich verpflichtet werden, die Durchführung von Sterbehilfe durch externe Organisationen in ihren Räumlichkeiten zuzulassen. Das sieht ein geplanter Gesetzesartikel der kantonalen Regierung vor. Die Wiener Bioethikerin Susanne Kummer bezeichnete diese Entwicklung am Donnerstag gegenüber Kathpress als alarmierend: "Zielgruppe der Sterbehilfe-Vereine sind insbesondere Senioren. Zudem hat die WHO erst kürzlich angemahnt, dass weltweit die Altersdiskriminierung zunimmt. Vor beiden Entwicklungen dürfen wir nicht die Augen verschließen", mahnte die Geschäftsführerin des IMABE-Instituts.

Bisher lag es im Kanton Graubünden im gemeinsamen Ermessen der jeweiligen Träger sowie der Heim- und Pflegeleitung, ob sie in ihren Räumlichkeiten Sterbehilfe zulassen oder nicht. Nun sollen alle Heime einheitlich verpflichtet werden, Sterbehilfe-Vereinen Zutritt zu gewähren, berichtete das Portal Südostschweiz.ch (Mittwoch). Eine entsprechende von den Jusos eingebrachte Änderung im Gesundheitsgesetz könnte in zwei Jahren umgesetzt werden. Bereits im Kanton Neuenburg verpflichtet seit 2014 ein Gesetz Institutionen, die öffentliche Beiträge beziehen, zur Zulassung von Suiziden mit Unterstützung von Dritten. Eine Trägerschaft kann den Zutritt zwar auch verweigern, muss dann aber mit der Streichung von Fördermitteln rechnen.

Treibender Motor dieser Entwicklung ist laut Kummer die Lobbyarbeit von Sterbehilfe-Vereinen wie Dignitas und Exit, die in mehreren Schweizer Kantonen darauf drängen, dass Alters- und Pflegeheime wie auch Spitäler Suizidhilfe-Vereine zulassen. Eine Weigerung widerspreche der "Selbstbestimmung und "provoziere Ungleichbehandlungen", wird dabei als Argument vorgebracht. Beide Vereine konnten schon bisher ein beträchtliches Vermögen mit Sterbehilfe-Aktivitäten lukrieren, mitunter auch durch Erbschaften ihrer Klienten, die laut Kummer nicht unumstritten sind. Kritiker sprechen inzwischen von einem "Big Business der Sterbehil-

fe". Alleine Exit hat inzwischen 135.000 zahlende Mitglieder.

Die Zahl der Assistierte Suizide hat sich in der Schweiz seit 2010 verdreifacht. Während die Zahl der "harten" Suizide mit rund 1.000 Fällen pro Jahr seit einigen Jahren konstant geblieben ist, kommen inzwischen 1.176 Fälle von assistiertem Suizid (2018) hinzu. Besonders hoch ist dabei der Anteil von Frauen, was laut Studien auch dem weltweiten Trend entspricht. Als Ursache nannte Kummer den Umstand, dass Frauen häufiger ihre Partner überlebten, länger alleine sind und unter Einsamkeit leiden. "Ihre soziale Einstellung vergrößert die Sorge, anderen 'unnötig' zur Last zu fallen. Außerdem sind Frauen häufiger von Altersarmut und Depression betroffen", so die IMABE-Geschäftsführerin. Daten aus den Niederlanden und dem US-Bundesstaat Oregon zeigen, dass die Rate der Suizide unter Frauen bei ärztlich assistiertem Suizid viermal so hoch ist als bei "normalen" Suizid.

### **Niederlande: Täglich 19 Tötungen**

"Erschreckend" ist laut Kummer auch der aktuelle Jahresbericht 2020 der Regionalen "Toetsingscommissies" der Niederlande, der die langfristige gesellschaftliche Folgewirkung einer Legalisierung von Beihilfe zum Suizid und Töten auf Verlangen deutlich mache. "Mittlerweile sterben in den Niederlanden täglich 19 Menschen durch aktive Sterbehilfe", zitierte die Bioethikerin daraus. Die Zahl der Menschen in den Niederlanden, die auf eigenen Wunsch von Ärzten getötet wurden, erreichte 2020 mit 6.938 ein neues Rekordniveau und einen Anstieg von neun Prozent gegenüber 2019.

Auch die aktuellen niederländischen Zahlen zeigen, dass Sterbehilfe überwiegend ältere Personen betrifft: Die größte Altersgruppe der Getöteten sind 70- bis 80-Jährige (33,4 Prozent), gefolgt von Menschen zwischen 80 bis 90 Jahren (24,8 Prozent). In 82,4 Prozent der Fälle führten Hausärzte die Tötung durch, in 254 Fällen geschah dies durch einen Facharzt im Krankenhaus. Die Sterbewilligen wurden ganz überwiegend zu Hause (5.676), im Hospiz (475) oder im Pflegeheim getötet (305). 216 Mal erhielt ein

Sterbewilliger Hilfe bei der Selbsttötung. Falls das Mittel nicht ausreichend wirkte - dies war bei sieben Prozent der Fall - half ein Arzt schließlich durch intravenöse Tötungspräparate nach, berichtete die Ärztezeitung in ihrer aktuellen Ausgabe.

Weitere Details des Jahresberichts: Bei rund 90 Prozent der Sterbewilligen war Krebs als Ursache für den Todeswunsch angegeben. Weitere 458 Menschen wurden getötet, bei de-

nen neurologische Erkrankungen wie Parkinson oder ALS genannt wurden. Zu den auch in den Niederlanden sehr strittigen Fällen von Tötung auf Verlangen gehörten im Vorjahr 170 Menschen, die an Demenz litten. In 235 Fällen wurden verschiedene Altersgebrechlichkeiten als hinreichender Grund zur Rechtfertigung einer Tötung auf Wunsch dokumentiert - auch ohne schwere Erkrankung.

## Ordensfrau: Frauen können durch Diskussion und Forschung kämpfen

**Deutsche Ordenskonferenz-Vorsitzende Sr. Kluitmann: Fokussierung auf Männer bei Weiheämtern ist ein "Mangel an Diversität, der uns Charisma nimmt"**

Bonn, 06.05.2021 (KAP/KNA) Aus Sicht der Vorsitzenden der Deutschen Ordensobernkonzferenz (DOK), Katharina Kluitmann, können Frauen in der katholischen Kirche durch theologische Forschung und Diskussion für Veränderung kämpfen. Am stärksten sei dies durch Ungehorsam möglich, "zu predigen, obwohl ich es nicht darf; die Eucharistie zu feiern, obwohl ich es nicht darf; aus der Kirche auszutreten oder zu konvertieren", sagte sie dem Online-Portal kirche-und-leben.de. "Nicht alle diese Formen wären meine. Und doch kann ich Menschen begleiten, die einen Weg gehen, der nicht meiner wäre", so die Ordensfrau.

Aktuell gebe es eine Spannung zwischen der lehramtlichen Position und dem, was nicht wenige Frauen spürten, so die Ordensfrau. Sie forderte, dass die Kirche im Gespräch bleiben müsse mit Menschen, die sich zur Diakonin oder

Priesterin berufen fühlten. Auch Frauen sollten den Dialog mit der Kirche suchen. Zudem dürfe der Kirche die Frage gestellt werden: "Wer seid ihr, dass ihr Gott hindern könnt?"

Zurzeit entscheide die Kirche darüber, ob eine Berufung objektiv echt sei, so Kluitmann. Gesellschaftliche und politische Bereiche setzten auf Diversität. In der Kirche hingegen entschieden nur Männer mit bestimmter Ausbildung und in einem bestimmten Alter. "In einem Wirtschaftsunternehmen würde man sagen: Das ist ein Mangel an Diversität, und das nimmt uns Charisma. Das nimmt uns Kompetenzen."

Kluitmann würde nach eigenen Angaben gewisse Elemente des Priesterseins gerne selbst leben. "Ich persönlich möchte zum Beispiel sehr gern als Beichtmutter arbeiten, dagegen reizt es mich überhaupt nicht, der Eucharistiefeier vorzustehen."

## Slowakei: Neue Religionslehrbücher für Griechisch-katholische

**Bischöfe beschließen auch Erarbeitung eines eigenen Katechismus für die der Mitgliederzahl nach kleine, aber höchst lebendige Griechisch-katholische Kirche in der Slowakei - Übersetzung des Neuen Testaments in ruthenische Sprache geplant - Von Wolfgang Bahr**

Presov, 06.05.2021 (KAP) Die griechisch-katholischen Bischöfe in der Slowakei haben wichtige Beschlüsse für die weitere Entwicklung ihrer Kirche gefasst. So werden neue Religionslehrbücher speziell für den griechisch-katholischen Ritus vorbereitet. Bisher wurden in der Slowakei von der Römisch- und Griechisch-katholischen Kirche gemeinsame Schulbücher verwendet; nur die begleitenden Arbeitsblätter gab es in einer eigenen Fassung für den ostkirch-

lichen Ritus. Auch ein eigener Katechismus soll für die der Mitgliederzahl nach kleine, aber höchst lebendige Griechisch-katholische Kirche erarbeitet werden. Die Bischöfe richteten dafür bei der jüngsten Tagung des Hierarchenrats in Presov eine eigene Kommission mit Vertretern aus allen drei Eparchien (Diözesen) des Landes ein.

Eine bemerkenswerte Initiative stellt auch die Vorbereitung einer Übersetzung des

Neuen Testaments in die ruthenische Sprache dar. Bei der derzeit noch ausschlaggebenden Volkszählung von 2011 bekannten sich in der Slowakei exakt 33.482 Personen zur ruthenischen Nationalität; 55.469 gaben das Ruthenische als Muttersprache an. 7.430 Personen bekannten sich zur ukrainischen Nationalität. Während die Anzahl der bekennenden Ukrainer in den drei Volkszählungen nach dem Sturz des Kommunismus kontinuierlich geschwunden ist, stieg jene der Ruthenen kontinuierlich an. In manchen Pfarren mit ruthenischer Mehrheit wird in der Liturgie noch das Altkirchenslawische verwendet.

Hintergrund dieser Entwicklung ist die erzwungene Ukrainisierung der Ruthenen in der Karpathoukraine und in der östlichen Slowakei durch das kommunistische Regime, die Hand in Hand mit der Zwangseingliederung der griechisch-katholischen Kirche in die russisch-orthodoxe ging. Die Wiederzulassung der griechisch-katholischen Kirche in der Slowakei, die in zwei Schritten - im Prager Frühling von 1968 und nach der Wende von 1989 - erfolgte, spiegelt sich bis heute auch auf konfessionellem Gebiet: Von den Ruthenen bekannten sich im Jahr 2011 19.193 (57,3 Prozent) zur griechisch-katholischen und 11.080 (33,1 Prozent) zur orthodoxen Kirche. Der weitaus überwiegende Teil der insge-

samt rund 230.000 Griechisch-Katholischen in der Slowakei bekennt sich mittlerweile allerdings zur slowakischen Nationalität. Die Ergebnisse der Volkszählung des Jahres 2021 sind noch nicht bekannt.

Weiters widmeten sich die griechisch-katholischen Bischöfe der Slowakei bei ihrer Versammlung in Presov der Erstellung eines neuen Textes für das "Begräbnis eines Gläubigen" sowie die "Notwendigkeit der Dispens eines Hierarchen zu einer verkürzten Form des Ehegelöbnisses für den Fall, dass eine der Parteien nicht getauft ist". Die Bischöfe reagierten damit nach eigenen Angaben auf einen Fragenkatalog, der ihnen von Kardinal Kurt Koch, dem Vorsitzenden des Päpstlichen Rats für die Einheit der Christen, zugestellt worden war.

Der Hierarchenrat der griechisch-katholischen Kirche in der Slowakei wurde im Rahmen der rechtlichen Neuordnung der Kirche im Jahr 2008 geschaffen. Er ist ein gesetzgebendes Gremium und unterstützt den Metropoliten von Presov, derzeit Erzbischof Jan Babjak, als obersten Repräsentanten der Kirche. Damit werde, so der Sprecher der Presover Archieparchie Michal Pavlisinovic, "eines der wichtigsten Zeichen und Symbole der ostkirchlichen Identität verwirklicht, nämlich das Prinzip der Synodalität".

## Religionen kooperieren europaweit zum Schutz vor Anschlägen

### EU-Kommission stellt drei Millionen Euro für Projekt zur Sicherheit von Kultstätten bereit

Brüssel, 06.05.2021 (KAP/KNA) Christen, Juden, Muslime und Buddhisten wollen in einem gemeinsamen europaweiten Projekt die Sicherheit ihrer Gebetsstätten erhöhen. Dafür stelle die EU-Kommission drei Millionen Euro bereit, teilte die Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) am Donnerstag in Brüssel mit. Es sei die erste derartige Kooperation religiöser Organisationen. Im Hintergrund stünden Angriffe auf religiöse Stätten in den vergangenen Jahrzehnten, sagte KEK-Generalsekretär Jorgen Skov Sorensen.

Beteiligt sind den Angaben zufolge neben der ökumenischen KEK das Security and Crisis

Centre des Europäischen Jüdischen Kongresses, die mit Extremismusbekämpfung befasste Organisation Faith Matters und die Europäische Buddhistische Union. Das auf zwei Jahre angelegte Projekt "Safer and Stronger Communities in Europe" (SASCE) solle die Sicherheit an Kultstätten sowie innerhalb der Glaubensgemeinschaften und zwischen den Gruppen erhöhen. Umgesetzt werde dies durch Sicherheitstrainings und öffentliche Kampagnen sowie Vertrauensbildung und Zusammenarbeit zwischen Zivilgesellschaft und Behörden.

## Maronitische Bischöfe warnen vor Zusammenbruch des Libanon

### Gemeinsamer Aufruf zu "rettenden Reformen" durch die Politik sowie zu dringenden humanitären Maßnahmen durch befreundete Staaten

Beirut, 05.05.2021 (KAP/KNA) Die maronitischen Bischöfe sehen den Libanon in unmittelbarer Gefahr eines finanziellen und wirtschaftlichen Zusammenbruchs. In einer gemeinsamen Botschaft riefen sie am Mittwoch vom Patriarchatsitz in Bkerke befreundete Staaten auf, dringend humanitäre Maßnahmen für das libanesisches Volk einzuleiten. Es gelte zu verhindern, dass das Land an einen Punkt gelange, von dem es kein Zurück mehr gebe.

Erneut riefen die Bischöfe die an der Regierungsbildung beteiligten Politiker auf, persönliches Kalkül und Ambitionen beiseitezulegen, um den Weg für rettende Reformen frei zu machen. "Der Staat löst sich auf eine Weise auf, die möglicherweise nicht behandelbar ist", heißt es laut Katholischer Nachrichten-Agentur (KNA) in der auf Facebook veröffentlichten Stellungnahme. Der Politik müsse daher daran gelegen

sein, auf die Forderungen des Volkes und der internationalen Gemeinschaft zu reagieren.

Ferner forderten die Bischöfe den Staat und alle Behörden auf, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um eine weitere Verschlechterung der wirtschaftlichen und finanziellen Lage des Landes zu verhindern.

Kritik übten die Bischöfe an Lockerungen an den östlichen und nördlichen Grenzübergängen des Libanon sowie am Hafen und Flughafen von Beirut. Dies habe zu einem offenen Drogenschmuggel geführt, der das Land bereits eine weitere Wirtschaftsblockade mit Saudi-Arabien und weiteren Golfstaaten eingebracht habe. Ferner müsse dem wachsenden Phänomen von Raubüberfällen in der Hauptstadt und anderen Regionen ein Ende gesetzt werden.

Die Maroniten sind die größte christliche Gemeinschaft im Libanon. Ihre Kirche ist mit der römisch-katholischen Kirche uniert.

## Irak: Gericht stellt Verfahren gegen Patriarch Sako ein

### Hintergrund war Streit mit privatem Immobilieninvestor

Bagdad, 06.05.2021 (KAP/KNA) Im Irak hat das oberste Strafgericht ein Verfahren gegen den chaldäischen Patriarchen Kardinal Louis Raphael I. Sako eingestellt. Das teilte die katholische Ostkirche laut Katholischer Nachrichten-Agentur (KNA) am Mittwoch mit. Das Gericht sah die gegen den 72-Jährigen vorgebrachten Beschuldigungen als falsch und gesetzwidrig an.

Hintergrund war ein Streit um ein Stück Land im südirakischen Gouvernement Basra. Ein privater Investor hatte nach Angaben des Patriarchats vor fünf Jahren bei der Kirche einen Investitionsantrag für das Landstück gestellt. Die Kirche habe den Antrag mit dem Hinweis abgelehnt, das betreffende Grundstück sei gar nicht in Besitz der Kirche, sondern einer

saudischen Privatperson. Einen Antrag auf Zuweisung eines alternativen Grundstücks wies die Kirche ebenfalls zurück. Der Mann warf Sako daraufhin Betrug und illegale Immobiliengeschäfte vor.

Sako wies sämtliche Vorwürfe als verleumderisch zurück. Die in verschiedenen Medien verbreiteten Anschuldigungen schienen von einer politischen Partei angestiftet zu sein. Der Patriarch machte deutlich, dass jede Transaktion von Immobilien vorab von der Kirche, der irakischen Regierung sowie dem Vatikan genehmigt werden müsse. Zahlreiche Religions- und Politikvertreter sowie chaldäische Einrichtungen im Irak und weltweit hatten sich in den vergangenen Tagen hinter das Kirchenoberhaupt gestellt.

## Generalsekretärin der Bischofskonferenz in Namibia stirbt an Covid

**64-jährige Helena Amwaandangi amtierte seit März als erste Frau an der Spitze des Generalsekretariats der Namibischen Bischofskonferenz**

Rom/Windhuk, 06.05.2021 (KAP) Die Generalsekretärin der Bischofskonferenz von Namibia ist im Alter von 64 Jahren verstorben. Helena Amwaandangi, die der Kongregation der Hiltruper Missionsschwester angehörte, war erst im vergangenen März zur Generalsekretärin ernannt worden. Der Vorgänger der Schwester im Amt des Generalsekretärs, Pater Linus Ngenomesho, bestätigte gegenüber "Vatican News" (Donnerstag), dass die Ordensfrau den Folgen einer Covid-19-Erkrankung erlegen ist.

Amwaandangi stammte aus der Region Omusati in Nordnamibia. Die ausgebildete Theologin diente einige Jahre als Koordinatorin des Seelsorgerteams der Erzdiözese Windhoek. Da-

nach wirkte sie in hohen Positionen ihrer Kongregation, unter anderem in der Ordenszentrale in Sutri bei Viterbo und als Novizenmeisterin in Namibia. Sie war die erste Frau in der Funktion des Generalsekretärs der Namibischen Bischofskonferenz.

Generalsekretärinnen von katholischen Bischofskonferenzen sind nach wie vor selten, allerdings hat die räumlich benachbarte Bischofskonferenz des südlichen Afrika, die neben Südafrika auch Botswana und Swasiland umfasst, seit 2012 ausschließlich Frauen in dieser Position. Darüber hinaus haben derzeit die Nordische und die Deutsche Bischofskonferenzen weibliche Generalsekretäre.

	
<p>IMPRESSUM:          Medieninhaber (Verleger) Herausgeber, Hersteller:          Institut "Katholische Presseagentur"          Chefredakteur &amp; Geschäftsführer: Paul Wuthe          Redaktion: Andreas Gutenbrunner, Henning Klिंगen, Franziska Libisch-Lehner, Robert Mitscha-Eibl, Johannes Pernsteiner, Georg Pulling          Alle: A-1011 Wien, Singerstraße 7/6/2 (Postfach 551)          Tel: +43 (0)1 512 52 83   Fax: +43 (0)1 512 18 86          E-Mail an die Redaktion: redaktion@kathpress.at          E-Mail an die Verwaltung: buero@kathpress.at          Internet: www.kathpress.at          Bankverbindung: Schelhammer&amp;Schattera          Kto.Nr. 10.2343   BLZ 19190          IBAN AT22 1919 0000 0010 2343/ BIC:BSSWATWW          DVR: 0029874(039)</p>	